

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Erscheint
wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Vierteljahr 6.— M. frei ins Haus, einschließlich der Postgebühren und Briefträger bezogen 6.50 M.
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 6.50 M.
Telegraphen-Adresse: Zeitung. Fernsprecher Nr. 27.



Anzeigen
werden die sechsstelligen 8 mm hohe (West-)Zeile über deren Raum mit 70 Pf. berechnet, auswärts 1.— M. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 1.50 M. Verbindlichkeit für Platz, Datenvorrichtung und Beleglieferung ausgeschlossen. Anzeigen auf Postkonto Frankfurt a. M. Nr. 20771.
Annahmegerühr für Offerten und Musikant beträgt 50 Pf. Zeitungsbefragen werden billigt berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer, Spangenberg • Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 5.

Dienstag, den 10. Januar 1922.

15. Jahrgang.

Aus der Heimat

Spangenberg den 10. Januar 1922.

Vortrag. Wir verweisen an dieser Stelle nochmals auf die im Anzeigenteil erschienene Anzeige über den Vortrag des Herrn Schumann aus Cassel über das Angestelltenversicherungsgesetz und die bevorstehenden Wahlen hin. Bei der am 14. Januar 1922 hier stattfindenden Wahl der Vertrauensmänner zur Angestelltenversicherung geht es nicht um die einzelnen Richtungen zu fallenden Vertrauensmännerliche sondern um das Fortbestehen der Angestelltenversicherung. Es ist allen Kolleginnen und Kollegen zu raten, diesen Vortrag zu besuchen.

Die Verbrechen an Kriegsgefangenen Deutschen. Es ist nicht genug damit, daß Frankreich heute noch 55 deutsche Soldaten, die ihr Leben fürs Vaterland einsetzten, in dem Gefängnis von Avignon festhält, nein, die ritterliche Nation belohnt auch noch die Mörder dieser und anderer Gefangener. Der Avignon-Gefangene Sternbeck wurde von einem schwarzen Kisten erschossen und dieser dafür zum Soldaten erster Klasse befördert. Ein anderer Fall folgender Angaben stammt aus französischer Quelle: In Boos hatte eine 17jährige rote-Kreuz-Schwester sechs deutsche Kriegsgefangene ermordet. Für diese Heldentat erhielt sie das Kriegskreuz und den Ehrentitel Jeanne d'Arc de Loos. Der Präsident ist selbst hingefahren und hat sie beglückwünscht.

Ein Appell der Gerechtigkeit. In keinem Land wird die öffentliche Meinung über Deutschland so systematisch irreführt, wie gerade in Frankreich und insbesondere in dessen militärischen Kreisen. Um so dantesquer ist die mutige Ehrlichkeit, mit der General Verax im "Odeur" dieser Tage unserer Heimat in folgenden anerkennenden Worten gerecht wird: "Würde Herr Poincaré (der verflorenen französische Präsident, der einmal behauptete, daß es so wenig vernünftige Deutsche gäbe" eine Reise durch Deutschland unternehmen, und mit recht vielen Leuten aller Klassen sprechen, dann würde er solche eifersüchtigen Urteile unterlassen. Er wäre sehr

überrascht über die Höflichkeit, mit der man ihn selbst angehört hat, und bei allen zuweilen leidenschaftlichen Meinungsäußerungen ist doch nirgends die Absicht zu erkennen gewesen, eine Unterhaltung abzulehnen. Kommt man aber schließlich, indem einer die Ansicht des anderen kennen lernt, nicht zu der Möglichkeit, sich zu verständigen? Die Warnung vor dem Haß, mit dem in Deutschland angeblich alle Franzosen verfolgt würden, sei lächerlich — so fährt der General weiter aus; er habe in Gesellschaften und Reklamationen aller Art, in der Straßenbahn und auf der Straße nur Redlichkeit und Entgegenkommen gefunden. Deutschen Haß werde man nur dann großziehen, wenn man mit der bisherigen Politik fortfahre. Aber noch sei es Zeit, diese Entwicklung zu vermeiden: es gelte lediglich, keine berechtigten Empfindungen zu verletzen und nach einem billigen Ausgleich der Interessen zu suchen. Hoffen wir, daß diese vereinzelte Stimme der Einsicht und Selbstbesinnung sich durchsetzt. Uns ist sie um so bedeutungsvoller, weil sie den militärischen Kreisen Frankreichs entkommt. Und hoffen wir vor allem, daß sie auch Widerhall findet im Kreise derer um Clemenceau, der bekanntlich feinerzelt erklärte, es seien 20 Millionen Deutsche zu viel auf der Welt.

Aus Nah und Fern

Wittenhausen. Morgens zwischen 5 und 6 Uhr wurde von einem Unbekannten eine der großen Fenster-scheiben des Manufakturwarengeschäfts von M. Wallach zerrümmert. Der Mann hat dann von den Fensteranslagen sich zwei Hosens angeeignet und ist damit verschunden.

Frankfurt. Einem Boten wurde dieser Tage sein wertvoller Drückkarran mit Möbel beladen von offener Straße gestohlen, während er sich in einem Geschäft befand, um eine Besorgung zu erledigen. Der Mann zeigte den Diebstahl auf dem Polizeirevier an und er ließ seinen großen Hund auf der Straße warten. Als er wieder heraustrat, war auch der Hund, eine wertvolle Dogge, verschwunden.

Chronik des Tages.

— Die Konferenz in Cannes hat beschlossen, Deutschland für einen Teil seiner diesjährigen Zahlungen nachzubehalten zu gewähren. An Stelle von zwei Milliarden Goldmark sollen voraussichtlich nur 700 Millionen in bar bezahlt werden.
— Der Oberste Rat hat die Reichsregierung um Entbindung von Vertretern für Cannes gebeten.
— Die deutsche Delegation für Cannes hat unter Führung Marthaus Berlin verlassen, um sich zunächst nach Paris zu begeben, wo sie sich für die Teilnahme an der Konferenz in Cannes bereit halten wird.
— Die italienische Regierung hat Lenin zur Teilnahme an der Europakonferenz eingeladen.
— Die Vereinigten Staaten machen ihre Mitwirkung an Genoa von der Verminderung der französischen Streiks abhängig.
— Das bisherige Ergebnis der Verhandlungen in Cannes hat zu einem scharfen Sturz der fremden Zahlungsmittel geführt. Der Dollar ist an der Berliner Börse auf 68 Mark gesunken.
— Die Verhandlungen über den englisch-französischen Jarantevertrag stehen vor einem baldigen Abschluß.

Schlußdienst.

Die Verteilung der deutschen Leistungen.

— London, 9. Januar. Der Sonderberichterstatter "Times" in Cannes meldet, die Milliarde Goldmark, die Deutschland bereits bezahlt habe, solle zu den 700 Millionen, die in diesem Jahre entnommen würden, zugeschlagen und die Gesamtsumme in folgender Weise verteilt werden: Großbritannien erhält 500 Millionen Goldmark als einen Teil seiner Ausgaben für das Besatzungsheer. Die Großbritannien außerdem nach dem für 1922 aufgestellten Zahlungsplan zustehende Summe werde auf 150 Millionen Goldmark geschätzt. Frankreich erhält seinen Anteil von der Gesamtsumme zu den Kosten eines Besatzungsheeres, während der Wert der Saarvergewerte Frankreich nicht zu Lasten geschrieben werden soll. Der Rest werde Belgien zufließen. Wenn diese Vereinbarung angenommen werde, würden die Alliierten nach dem Wiesbadener Abkommen für einen Zeitraum von drei Jahren den Restbetrag in 1/4 Jahren erhalten. Er würde für das Jahr 1922 1/4 Milliarden Goldmark und für die beiden weiteren Jahre 1 1/2 Milliarden Goldmark betragen.

Des Mannes Dämon.

10. Roman von Erich Ebenstein.

Copyright 1921 by Wiemanns Zeitungsverlag, Berlin W 66

Sein kühler, liebloser Ton, der bewies, daß er sich gar keine Mühe gab, nachzufühlen, was in ihr vorging, schnitt wie ein Messer in Ruths Herz. Zum erstenmal zweifelte sie an seiner Fähigkeit, überhaupt warm zu empfinden. Aber sie begriff auch, daß weiterer Widerstand vergebens wäre und ihn nur reizen würde.

Mit einer matten Handbewegung, bedeutete sie Frau Bernd, ihr den Abendmantel umzulegen, und folgte schweigend Bernd, der schon vorausgegangen war.

7.

Die Verstimmung, welche zwischen Ruth und ihrem Gatten herrschte, dauerte den ganzen Abend an und entging auch später bei Tortoni den Freunden nicht.

Ruth sprach kaum ein Wort und grübelte traurig verloren vor sich hin. Ihre Gedanken waren weit fort an einem stillen Krankenbett, wo ein geliebtes Leben fest vielleicht mit dem Tode rang und sich nach ihr sehnte.

Bernd aber marterte sich mit Vergleichen zwischen der stummen Ruth und der von pridelnder Lebenslust strahlenden Gräfin Romansky, die unaussprechlich plauderte und dabei nach rechts und links kokettierte.

Ruth erschien ihm neben ihr plump, unbeholfen und gewöhnlich.

Auch Leo Dreßler sprach wenig. Er beobachtete Ruth verfloren und dachte unruhig: "Was ist geschehen? Hatten sie einen Streit? Begaß sich Bernd etwa, und dämmerte in ihr die Erkenntnis auf, wie arm sie an seiner Seite dahinsiebt?"

Dann beobachtete er Bernd, las ihm die Gedanken von der Stirn und schloß plötzlich einen unbedingten Zorn in sich aufsteigen. Der Glende! Was fiel ihm ein, sich so gehen zu lassen?

Im nächsten Augenblick zuckte er zusammen und blickte aus weitgeöffneten Augen nach der gegenüberliegenden Saaltür, die sich eben aufgetan, um verblühte Gäste noch einzulassen.

Ruth, die neben ihm saß und durch eine Bewegung aufmerksam gemacht war, folgte unwillkürlich der Richtung seines Blickes. Sie sah eine wunderschöne junge Frau, an der alles stimmte und leuchtete von dem goldblonden Haar mit den Diamantropfen darin bis zum Saum der hellgrünen Robe, die unter einem kostbaren Abendmantel hervorstrahlte.

Hinter ihr schob ein Diener lautlos einen eleganten, auf Gummirädern montierten Krankenstuhl, in dem eine armselige Männergestalt zusammengesunken war. Den Schluß der Gesellschaft bildeten zwei Herren im Abenddres.

Die schöne Frau hielt ihr langweiliges, goldenes Vorgehen an die Augen und spähte nach einem passenden Platz in dem vollbesetzten Raum aus. Da streifte ihr Blick den Tisch, an dem Ruth und ihr Mann saßen. Sie zuckte zusammen, und ihre Augen nahmen plötzlich einen schillernden Glanz an, während ein seltsam aus Höhn, Triumph und Freude gemischtes Lächeln blitzgleich ihre Lippen umzuckte.

"Dorfin!" deutete sie dem Diener und schritt hastig voran. Ihre Augen waren jetzt unverwandt auf Ruth gerichtet, neugierig, herausfordernd und hochmütig zugleich.

Bernd, der mit dem Rücken gegen die Tür saß, hatte noch nichts bemerkt. Aber er fuhr plötzlich wie elektrifiziert hoch, als die schmale Hand der schönen Frau leicht seine Schulter berührte und ihre Stimme hinter ihm sagte: "Sieh da, wie nett, gleich unberührt alte Bekannte hier zu treffen!"

Ruth sah erlaunt, wie ihres Mannes Gesicht sich erst mit fliegender Robe bedeckte und dann abschlug wurde. Wie er, der Weltgewandte, ein paar unbeholfene Worte stammelte, und wie Baron Dreßler der schönen Fremden einen heisige drohenden Blick zuwarf.

Es schien, als ob alle Anwesenden einander kannten, denn die Romansky's begrüßten die schöne Frau sehr überschwänglich, obwohl in den schwarzen Augen der Gräfin Romansky weit eher Verger über die Störung als Freude zu lesen war.

An Ruth dachte im Augenblick niemand. Erst als die schöne Fremde Bernd etwas zuflüsterte, erinnerte

er sich ihrer und stellte hastig vor: "Graf und Gräfin Widenmark, Graf Albrecht Widenmark, Dr. Berger."

Ruth karrte fast erschrocken auf die schöne blonde Gräfin. Hatte sie denn recht gehört? Die armselige Männergestalt dort im Fahrstuhl war der Gatte dieses strahlenden Wesens? Aber sie bezwang sich rasch und stammelte mit einem ängstlichen Blick auf Bernd ein paar höfliche Worte.

Sie küßte selbst, wie linksich sie sich benahmt, und es war kein Wunder, daß es hochwohl von der Gräfin Mund zuckte. Aber es war etwas Bemerkenswertes, Unlares in der Situation, das Ruth bedrückte, ohne daß sie es hätte in Worten ausdrücken können.

Man setzte sich. Gräfin Widenmark zwischen Ruth und die Romansky, mit der sie sogleich eifrig zu plaudern begann.

"Das hätten Sie wohl nicht gedacht, liebe Gräfin, als wir vor vierzehn Tagen in Cap Martin voneinander Abschied nahmen, daß wir uns so bald wieder hier begegnen würden, nicht wahr?"

"Nein", antwortete die Romansky trocken, "Sie ließen kein Wort über Ihre Absicht, hierher nach Paris zu kommen, verlautnen!"

"Es machte sich auch ganz plötzlich. Vetter Albrecht erzählte uns nämlich von den Wunderkuren Dr. Malaine in Paris — Sie kennen den berühmten Magnetiseur?"

"Nur dem Namen nach. Er soll ein Erzcharlatan sein!" äußerte die Romansky, die immer weniger erbaute von diesem Wiedersehen zu sein schien. Kein Wunder, wenn man bedenkt, daß sie mit Vorliebe die erste Rolle spielte und sich nun durch die bedeutend jüngere und schönere Gräfin Widenmark in den Hintergrund gedrängt sah. "Bleiben Sie lange in Paris?"

"Ich hoffe. Mein Mann verpflichtet sich sehr viel von Dr. Malain. Und nun bleibe ich ja doppelt gerne hier. . . da wir so liebe alte Bekannte fanden!"

Ein Blick, der rasch und feurig zu Bernd hinüberflog, begleitete die letzten Worte und trieb Ruth, ohne daß sie es recht begriff, warum, alles Mut zum Herzen. Was sollte das bedeuten?"

(Fortsetzung folgt.)

Deutschland in Cannes.

Das Einladungstelegramm Briand's
Auf Befehl Lloyd Georges hat der Oberste Rat
schlossen, die deutsche Regierung einzuladen, sofort
Mittels Vertreter nach Paris zu entsenden, die
sogleich dort verweilen sollen, bis ein endgültiger
Beschluss des Rates in der Reparationsfrage gefasst
worden ist, und dann nach Cannes berufen werden sollen.
Am Sonntag mittag wurde dem Reichskanzler
durch die französische Botschaft folgendes Telegramm
zur Kenntnis gebracht, das der Präsident des
Obersten Rates an die französische Botschaft in Berlin
zur Übermittlung an die Deutsche Regierung
geandt hatte:

„Der Oberste Rat wird ohne Zweifel das Bedürfnis
haben, Ihre Vertreter in der nächsten Woche zu hören;
im Zeit zu gewinnen, wegen mir an, daß Ihre Vertreter
nach Paris begeben und sich dort bereit halten, um
ihrem Rufe zu folgen.“

Auf Grund dieses Telegramms fand in der Reichs-
kanzlei unter dem Vorsitz des Reichskanzlers eine
enge Besprechung der Vertreter der an dem Repara-
tionsproblem unmittelbar interessierten Ressorts statt,
in der der Stand der Reparationsverhandlungen ein-
gehend erörtert wurde. In der Konferenz nahm auch
Dr. Rathenau teil, der am Tage zuvor aus Paris
zurückgekehrt war.

Die deutsche Delegation für Cannes.

Am Nachmittag fand dann eine schnell einberufene
Sitzung des Gesamtkabinetts statt, in der über die
zusammensetzung der deutschen Delegation beraten und
entschieden wurde. Die Delegation, die Montag nach-
mittag von Berlin abgereist ist, steht unter der poli-
tischen Führung von Walter Rathenau. Ferner
gehören ihr an: Staatssekretär Schröder vom Reichs-
manministerium, Staatssekretär Fischer vom Reichs-
wirtschaftsministerium, Staatssekretär a. D. Berg-
mann, der Vorsitzende der Kriegskontakommission
in Paris Staatssekretär Fischer sowie Ministerial-
direktor Trendelenburg und Legationsrat Mar-
kus vom Auswärtigen Amt.

Die Vertreter sind mit allen nötigen Vollmachten
und dem einschlägigen Material ausgerüstet, um auf
jede an sie gestellte Frage Auskunft zu geben. Die
deutsche Delegation begibt sich zunächst nach Paris,
um dort weiteres abzumachen. Es wird angenommen,
daß die Delegierten schon im Laufe des Donnerstag
Begegnungen haben werden, dem Obersten Rat in Cannes
die gewünschte Aufklärung über die finanzielle Lage
Deutschlands, über seine Zahlungsfähigkeit bezw. Zah-
leistungsfähigkeit und über alle Maßnahmen, die von
der deutschen Regierung getroffen worden sind oder
noch getroffen werden sollen, um die deutschen Reichs-
finanzen zu bessern, zu geben.

Der Zahlungsausschub.

700 Millionen Mark Barzahlungen.
Der Beschluß der Konferenz des Obersten Rates,
Deutschland grundsätzlich einen Zahlungsausschub zu
verschaffen, ist wider Erwarten rasch zustande gekom-
men. Etwas schwieriger gestalteten sich die Verhand-
lungen über die Einzelheiten des Moratoriums. Lloyd
George sollte ursprünglich eine Summe von 25 Mil-
lionen Pfund (500 Millionen Goldmark) als Grenze
der deutschen Goldzahlungen vorgeschlagen haben. Die
Belgier scheinen jedoch mit ihrem, offenbar von Frank-
reich unterstützten Antrag auf Erhöhung dieser Summe
um 10 Millionen Pfund durchgegangen zu sein, denn
nach einem offiziellen Neuter-Telegramm aus Cannes
wird jetzt geplant, Deutschland 35 Millionen Pfund
700 Millionen Goldmark) in Bar zahlen zu lassen,

und 87 Millionen in Waren, demnach zusammen 12
Millionen Pfund, d. h. also 28 Millionen Pfund
weniger als ursprünglich vorgesehen. Deutsch-
land soll auch weitere 12 Millionen Pfund für die
Kosten der Besatzungsheere bezahlen. Großbritannien
sei bereit, auf 7 Millionen für sein Besatzungsheer
zu verzichten.

Die Bedingungen für das Moratorium.

Die Mitteilungen des Neuterbüros werden bestä-
tigt durch die Meldungen der Pariser Presse, wonach
die alliierten Sachverständigen in der Reparations-
frage zu einer Einigung gelangt sein sollen. Deutsch-
land soll im Jahre 1922 700 Millionen Goldmark
als Entschädigung in Bar zahlen. Diese Herabsetzung
ist abhängig von der Annahme folgender Bedin-
gungen:

1. Der deutsche Zolltarif muß auf Goldbasis
tauxiert werden und nicht mehr auf Papiermark.
2. Die Eisenbahn- und Posttarife müssen er-
höht werden;
3. Der Preis für Kohlen muß in Deutschland er-
höht werden;
4. Deutschland muß alle erforderlichen Maßnahmen treffen,
um sein Budget auszugleichen;
5. Deutschland muß Vorkehrungen gegen die
Flucht des Kapitals nach dem Auslande treffen;
6. Jede weitere Ausgabe von Banknoten muß
eingestellt werden;
7. endlich muß eine Revision der Reichsbank
erfolgen.

Deutschland habe an Sachlieferungen für das
Jahr 1922 1250 Millionen Goldmark zu leisten, in
den beiden folgenden Jahren je 1600 Millionen. Die
Besatzungskosten ausschließlich der amerikanischen
Armee sollen ab 1. März nicht mehr als 20 Mil-
lionen Goldmark betragen plus einer Summe in Pa-
permark, die später festgesetzt werden soll. Der Deutsch-
land zu zahlende Kohlenpreis soll auf der Basis des
französischen Verkaufspreises berechnet werden.

Ein englisch-französisches Verteidigungsbündnis.

Als Gegenleistung für Frankreichs Bereitwilligkeit
Deutschland einen Zahlungsausschub auf die Wieder-
gabungszahlungen für dieses Jahr zu bewilligen
fordert Briand ein endgültiges militärisches und
flottenbündnis, das Frankreich die englische Un-
terstützung im Falle eines deutschen Angriffs garan-
tiert. Hierbei beharren noch einige Meinungsverschie-
denheiten zwischen Lloyd George und Briand.

Neuter Bericht, sei der britische Standpunkt, daß
etwas Größeres und Umfassenderes erforderlich sei
wie z. B. eine allgemeine Vereinbarung unter
den europäischen Mächten, daß sie die
Aufrechterhaltung des Friedens garantieren, etwa in
der Art des Viermächteabkommens über den Stillen
Ozean.

Das „Echo de Paris“ bringt nähere Einzelheiten
über die Beratungen der beiden Staatsmänner. Da
nach hätte Briand zuerst ein Defensivbündnis ver-
langt, das sich auch auf die osteuropäischen Staaten
namentlich auf Polen, ausdehne. Diese Forderung
wurde aber abgelehnt, er sei mit einigen Änderungen an
den Wortlaut des Schlußvertrages vom 28. Juni
1919 zurückgekommen. England wolle Frankreich mit
allen seinen militärischen Streitkräften unterstützen, um
gemäß Artikel 42, 43 und 44 des Friedensvertrages
von Versailles die militärische Neutralität
des linken Rheinufers und die Entmilitä-
risierung des rechten Rheinufers in einem
Gebiet von 50 Kilometern sichern, im Falle, daß
ein nicht provozierter deutscher Angriff erfolge.

Lloyd George erwartet ein günstiges Ergebnis vor
Cannes.

Trotz der in der Bündnisfrage noch bestehender
Meinungsverschiedenheiten wird in den Kreisen der
britischen Delegation der Überzeugung Ausdruck
gegeben, daß in allen Punkten ein übereinstimmendes
Ergebnis erzielt werden wird. Für den Augenblick bestehe alle
Wahrscheinlichkeit, einen vollständigen Erfolg der Konferenz vor
Cannes zu erwarten. Lloyd George teilte den
Vertreter von Neuter mit, alles verlaufe so gut, wie
man es erwarten konnte. Seiner Ansicht nach werde
die Konferenz etwa noch eine Woche dauern.

Die Machtprobe.

Frankreich und England.

Als wir um Waffenstillstand bat, stand un-
ser bis zur Erschöpfung geschwächtes Frankreich
ein auf den Gipfel seiner Kolonialmacht gekommene
Großbritannien gegenüber. Alles war nach England
Dankschuld verpflichtet, seine asiatischen und afrikanischen
Erträge waren erfüllt. Heute zittert die Erde unter
seiner Füßen in Suez und in Bombay; in Erit-
rien liegen französische Bataillone mit den Türken
im Grunde an der Planke der britischen Kanalfestung
während in Mesopotamien durch französisches Gold de-

russtand emporflammt. Aus dem armen Deutschland
wehrt Frankreich die Mittel für seine Rentier dabe-
n und seinen Lebermilitarismus. Von der Ostsee bis
zur Adria und dem schwarzen Meere herrscht es
in Prag diktiert es die Eisenenerbrüderung, den
Bund der Donaumächte und treibt einen Keil nach
den anderen zwischen Deutsch-Österreich und Ita-
lien. Zu seiner Hegemonie auf dem Lande erstreckt
sich auch die Herrschaft über das einst so mächtige
Ägypten.

England ist in Washington von seinem hohen
Sitzel der Meeresbeherrschung herabgestiegen und hat
Amerika als gleichberechtigten anerkannt und hat so das
nachteiligste Gassen gestärkt. Für Frankreich hieß
in Washington die Lösung: Verminderung des ameri-
kanischen Vertrauens oder Preisgabe einer Machtquelle,
die erfolgreich im Kampfe gegen England benutzt wer-
den könnte.

Dieser Kampf um das U-Boot wird nicht in
Washington, sondern in Cannes ausgetragen. Cannes
wird die Machtprobe zwischen England und Frank-
reich bedeuten. Frankreich trägt sich auf die hervor-
ragende Ausgestaltung seines Flugwesens, seine weit-
ragenden Geschütze am Kanal, sein stehendes Heer
von 800 000 Mann und seine durch die allgemeine
Dienstpflicht rasch ermöglichte Mobilmacht, England
lagen auf seine Schlachtschiffe und sein demobilisiertes
es Seeherr. Frankreich ist der unumschränkte Dik-
tator des Festlandes, der über eine Machtflotte ver-
fügt, wie sie nicht einmal Napoleon I. dem auch
nach 1806 noch die große Meere Desferreichs und
Kustlands intakt gegenüberstanden, besitzen hatte. Der
Kampf um die ungeheuren Menschenreserven in
Ägypten, Tunis, Marokko und Senegambien. Man ver-
steht jetzt, warum Frankreich zur Sicherung gerade
dieser Seeverbindungen so viel Wert legt auf die
Einführung einer verhältnismäßig rasch gebauten
leistungsfähigen U-Boottlotte: im Mittelmeer und an den
italienischen Küsten herrscht der Engländer. England
möchte diese Zufuhrstrassen unbrauchbar machen für
britische Militärtransporte, während Frankreich zu
Vorsicht der englischen Panzerflotte seine U-Boote
raucht. England hat die U-Boote und muß sie bis
in die Tiefe seines Herzens haßen, da diese Waße
einen Untergang herbeiführen kann. Falls England
legen sollte, so würde dies für uns Deutsche nur be-
deuten, daß wir aus den Armen der französischen
Küstenschutz in die Arme der englischen Profitgier fielen.
Da man bekanntlich für Londoner Punde den Deut-
schen sehen kann, wird der deutsche Handel, die
deutsche Industrie in englische Hände übergehen, und
diese werden dann das Geschäft machen. Deutschland
— ein neues Ägypten.

Amerikas Vorbehalte.

Erst muß Frankreich abstrühen!

Nach einer Neutermeldung aus Washington sind
die Vereinigten Staaten geneigt, die Einladung
zur Teilnahme an der internationalen Wirtschafts-
und Finanzkonferenz in Genua im März
in gütigster Weise in Erwägung zu ziehen. Präsi-
dent Harding wird zunächst mit Staatssekretär Hughes
über die aus Cannes überandete Einladung beraten,
darauf wird sich das Kabinett mit der Frage beschä-
ftigen.

Allen Anschein nach jedoch wird die amerikanische
Regierung ihre Teilnahme an den Beratungen in
Genua von der Erfüllung gewisser Voraussetzungen
abhängig machen. Der Washingtoner „Times“-Korres-
pondent meldet, die Annahme der Einladung zur
Wirtschaftskonferenz in Genua durch die Vereinigten
Staaten werde keineswegs bedingungslos sein. Die

amerikanische Regierung werde das Programm
konferenz kennen lernen wollen, ehe sie Vertre-
ter entsendet. Nach einer anderen Meldung ist es
den Vereinigten Staaten nutzlos, mit den verschie-
den künstlichen Verhältnissen vorgeschlagen wer-
den europäischen Mitteln, die für die Verbesserung
weiterer Verträge zu machen, falls nicht die U-Bo-
ote des gegenwärtigen wirtschaftlichen Pa-
riederlebens beseitigt würde. Der wirtschaft-
liche Wiederaufbau Europas würde nach Ansicht der
Betracht kommenden Persönlichkeiten, die augenblick-
lich für die Regierung sprechen, sich rasch einleiten
sich für Frankreich und die anderen Nationen ihre
Kräfte vermindern und wenn die Reparationsfor-
mungen der Alliierten abgemindert würden. Nach-
dem die offizielle Einladung zur Konferenz in
Genua eingegangen sei, würde wahrscheinlich Botschafter
er Harbey in Cannes in diesem Sinne instru-
verden.

„Daily Chronicle“ meldet aus Washington,
offiziellen Kreisen würden die Staatssekretäre Me-
son und Hoover als die führenden Männer der ameri-
kanischen Delegation für die Wirtschaftskonferenz
in Genua genannt.

Lenin nach Genua eingeladen.

Die Agenzia Stefani meldet: Infolge des
flusses des Obersten Rates in Cannes hat die
deutsche Regierung durch Beimitzung der russischen
Wirtschaftsdelegation Lenin eingeladen, an der Kon-
ferenz, die in Genua stattfinden wird, teilzunehmen.

Die Heißdampf-Lokomotive

Ein Erfinderejubelium.

Am 9. Januar d. J. vollendete der Ges.
at Dr. Ing. Ehrenhager Robert Garbe sein
Lebensjahr. Ihm verdankt die neuzeitliche Heiß-
dampf-Lokomotive. Kurz vor seiner im Jahre 18
erfolgten Ernennung zum Mitgliede der Eisenbah-
direktion Berlin, bei der er mit dem Beruf
Lokomotiv-Ausflug betraut war, trater der Zivill-
ingenieur Wilhelm Schmitz-Kassell wiederholt mit
Lufforderung an ihn heran, ihm dabei beizustehen,
in sein, den bei ortsfesten Maschinen mit größter
Erfolge bereits angewendeten hochüberhitzten Dampf-
zug beim Betrieb von Lokomotiven einzuführen.

Garbe erkannte sofort die hohen Vorteile,
die Anwendung des sogenannten Heißdampfes bei
Lokomotiven haben würde, und er widmete sich mit
seiner Kräfte dieser neuen Aufgabe, die fortan
eine Lebensaufgabe werden sollte. Große Schwierig-
keiten praktischer Natur waren zu überwinden. Am
er gelang es ihm, in einem knappen Jahrzehnte
die Heißdampf-Lokomotive so weit zu vervollkommen
abzweckmäßig im Jahre 1905 die Kinderkrankheiten ab-
zuräumen betrachten werden konnten.

Der Erfolg der Preussischen Staats-Eisenbahn war
erwartungsgemäß, daß die ganze Welt dazu überging, Heiß-
dampf-Lokomotiven zu bauen. Schon vor dem Kriege
wurden in den Vereinigten Staaten Amerikas 95 Per-
zent sämtlicher Lokomotiven als Heißdampf-Lokomotiven
mit dem einzig und allein bewährten Schmitz-Lieber-
steiner ausgerüstet. Heute laufen weit über 60 000 Heiß-
dampf-Lokomotiven in allen Teilen der Welt, ein
Gebrauch, wie er einzig in der Technik dasteht.

Politische Rundschau.

Berlin, den 10. Januar 1922.

Das zwischen Deutschland und der Tschecho-Slowakei
stehende Kohlenabkommen, das am 31. Dezember 1921
abgeschlossen war, wurde bis zum 31. März 1922 verlängert.

Die Deutsche Volkspartei eröffnete in Berlin durch
eine gewaltige Massenkundgebung eine Offensive gegen
die Lage von der deutschen Kriegsschuld. Haupt-
redner waren: Reichstagsabgeordneter Dr. Winter, Herr
von Belet-Marbonne und Admiral Brininghaus. Alle
drei Redner betonten, daß es sich hier nicht um
eine Parteiangelegenheit handle, sondern um eine
Ehrensache des ganzen deutschen Volkes, da auf der
Lage von der deutschen Kriegsschuld der Verfall der
Vaterland aufbaue. Die Redner fügten sich nur
auf Entlassungsgewinn, die Neutralität und Vertreter
der Entente willig oder widerwillig für die deutsche
Schuldlosigkeit geliefert haben. Von deutschen Ent-
schuldigungszeugen wurden nur Sozialisten angeführt, z. B.
Scheidemann, Noke und Kaatzsch. Die Versammlung
belehnte die Ausführungen der Redner mit tosendem
Beifall. Die Deutsche Volkspartei will diese Kund-
gebung im ganzen Lande wiederholen.

Die Entente und die Leipziger Urteile. Die
Kommission von Reichsgerichtsräten in Paris, die
durch den Beschluß des Obersten Rates vom 13. August
d. J. zur Begutachtung der Leipziger Kriegsschuld-
begutachtung gebildet wurde, hat zwei Resolutionen
angenommen, die dem Obersten Rat unterbreitet
werden.

Steuerfrage und Beamtenbesoldung. Im Reichs-
tag fand eine Besprechung der Parteiführer über
das Steuerproblem und die Beamtenbesoldung statt.
Vertreter der Mehrheitsfraktionen, des Zentrums, der
Demokraten und der Deutschen Volkspartei nahmen
in dieser Konferenz teil, der auch Reichsfinanzminister
Dr. Hermes beizohnte. Der Minister gab einen Über-
blick über den Verlauf der Verhandlungen mit den
Beamtenorganisationen. Im Verlauf der Erörterung
dieser Angelegenheit wurde besonders die Frage der
sogenannten gleitenden Gehaltskala der Beamten be-
handelt. Definitive Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Gegen die Erhöhung der Gütertarife. Die
Reichstagskammer für Handel und Gewerbe Einpruch
gegen die Erhöhung der Gütertarife. Die Handels-
kammer erklärt, daß, wenn sich eine Erhöhung der
Gütertarife als unabwendbar erweise, diese sich in den
Preisen des unbedingt notwendigen halten müsse. Die
Erhöhung der Tarife gegen den Weltkrieg
zustand sei äußerst bedenklich; sie treibe die Preis-

Mer Ereignisse in die Höhe und bedeute eine schwere Schädigung der deutschen Wirtschaft. Wie die Handelskammer hört, werden auch die Vereinigung niederländischer Handelskammern und der Verein für die gemeinschaftlichen Interessen des holländischen Stahlbergbaues sich mit der Angelegenheit befassen.

Der Elberfelder Aktienstreik. In der Presse ist bei Erörterung eines Aktienstreiks im Handelsgerichtsbau in Elberfeld die Vermutung ausgesprochen worden, daß bei dieser Gelegenheit die Aktieninteressenten das Strafverfahren gegen den deutschnationalen Abgeordneten von den Gerichten gestohlen seien. Diese Vermutung ist unzutreffend, wie der amtliche Preussische Pressedienst schreibt.

Streik des Saarbrücker Kreislaufes. Der Kreislauf der Saarbrücker Eisenbahn, der trotz des von der Regierungskommission ergangenen Verbots getätigt, nahm einstimmig folgende Entschlüsse an: Die Regierungskommission vertritt durch Einwirkung auf die Bundesregierung unzulässig an machen zu werden. Der Streik erhebt sich gegen den Staat, nicht gegen die Eisenbahnverwaltung des Reiches. Der Streik ist ein Kampf um die Selbstverwaltung des Reiches. Der Streik ist ein Kampf um die Selbstverwaltung des Reiches und läßt sich nicht in seinen Rechten zurückziehen.

Demer wurde einstimmig eine Entschlüsse angenommen, wonach sich der Streik vollinhaltlich am 20. Dezember 1921 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Denkschrift an den Reichstag ansetzt und die Delegation vom Oktober 1921 wie auch die künftig nach Gens zu entsendenden Delegationen als die feindlichen anerkennt.

Parteitag der U. S. P. D. in Leipzig. In Leipzig hat der Parteitag der U. S. P. D. begonnen. Der vorliegende Bericht bezieht sich auf Aufgaben dieses zweiten Parteitagess namentlich Steuerfragen, Koalitionspolitik und Einigung des Reichstages. Zu Beginn der Tagung wurden einstimmig der Reichstagsabgeordnete Dittmann und Seeger-Welzig gewählt. In einer längeren Rede erklärte Crispian zu weiter, die Reichstagsabgeordneten hätten die sozialistische Regierung abgelehnt und mit den Bürgern paktiert. Nur die unabhängige Sozialdemokratie habe den Klassenkampf, die Revolution gefördert, aber den wirtschaftlichen Wohlfahrt der Arbeiter haben die Partei befehlen müssen. Durch die Spaltung von Halle habe die Sozialdemokratie eine Schlacht verloren, aber der Bolschewismus sei besiegt. Auf die Spaltungsmandate der Mitglieder fallen wir nicht hinein. Nach den Entschlüssen von Jena und Götting blüht das deutsche Proletariat heute auf Leipzig. (Beifall.) Die Koalitionspolitik demokratisiert, trennt das Proletariat, die Mehrheitssozialisten haben nichts für die Einigung getan. Der Bourgeoisie soll Leipzig eine neue Kampfanzeige der Todfeindschaft werden. Wir müssen dafür sorgen, daß das Proletariat die Macht behaupten kann, wenn es sie wieder erlangt. Dieser Parteitag gilt der Durchführung des Parteitagess, er hat die große geschichtliche Aufgabe im Parteitag des Sozialismus zu sein, und er wird diese Aufgabe lösen.

Kommunistische Wählerzeit. Vor einigen Tagen wurde die Öffentlichkeit durch das Bekanntwerden einer von den Kommunisten verfassten und teils schon eingerichteten Postkontrolle bunnrührt. Jetzt liegt nun wieder ein Beweis kommunistischer Wählerarbeit in den Verkehrsbetrieben vor. Es handelt sich um die Bildung einer kommunistischen Fraktion bei Post und Telegraphie, die, wie aus einem Schreiben vom Juli v. J. hervorgeht, in Berlin bereits eingerichtet, im Reich er angestrebt wurde. Dieser Zusammenschluß der in Post, Telegraphie und Fernsprecheinstellung beschäftigten Parteigenossen zu einer besonderen Fraktion bedingt besonders die Bekämpfung politischer und sonstiger Elemente — durch Überwachung ihres Briefwechsels und Fernsprecherbesuchs alle wichtigen Telefon- und Telegraphenleitungen sollen festgelegt und an ihnen Unterbrechungsstellen eingerichtet werden. Die Funktionen werden auf die Möglichkeit ihrer Befugnis bei Posten erkundet und die gebieten Funter unter den Genossen als „Kern einer militärischen Nachrichtenformation“ gesammelt und organisiert, ebenso die Fernsprecher und Telegraphen bei der Eisenbahn. Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, daß sich die zuständigen Behörden, in erster Linie das Reichspostministerium, eingehend mit dieser unterirdischen Wählerarbeit beschäftigen wird.

Die kommunistische Bewegung. In der „Morgenpost“ veröffentlicht die Opposition — Braß und Genossen — einen neuen Aufruf, dem wir folgende interessante Zahlen entnehmen: „Es ist kein Zufall, daß von den 400 000 Mitgliedern der USPD, die sich in Halle zur dritten Internationale bekannerten, daß von den 500 000 Mitgliedern auf dem Vereinigungsparteitag der USPD — im März 1921 nur noch 300 000 vorhanden waren und heute nur noch 100 000 bis 200 000 Mitglieder vorhanden sind.“ Die „Morgenpost“ proletarische Massenpartei“, die sich die U. S. P. D. trotz alledem noch zulegt, dürfte damit die Berechtigung endgültig verloren haben.

Rundschau im Auslande.

Die Zahl der Arbeitlosen in Großbritannien betrug 10. Dezember 1882 000, das sind 71 590 mehr als 13. Dezember.

Schweiz: Völkerverband und Oberstufen. Der letzte Bericht des Völkerverbandes-Sekretariats sagt einem Leserbrief über die oberste Stufe u. a.: In Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen über die Abfassung der für die Lebenszeit notwendigen Abkommen zeigen von einem Geist der Verschlinglichkeit, der die Hoffnung zerschlägt, daß der vom Rat aufgestellte Plan Erfolg haben wird.

Irland: Der Friedensschluß mit England. Die Abstimmung des Sinnparlaments in Dublin über den englisch-irischen Vertrag, die eine Mehrheit von 10 Stimmen für den Vertrag ergab, fand unter großer Spannung statt. Der Sprecher teilte das Ergebnis zuerst

in holländischer Sprache an und dann in englischer Sprache mit. Die Kunde davon erreichte bald die vor dem Gebäude wachende Menge, die in große Beifallsausdrücke ausbrach. Die Delegation leitete dem Sinnparlament formell seinen Eintritt mit. Die Nachricht vom Beschluß des Sinnparlaments wurde in London, sobald sie in den großen öffentlichen Klubs, in den Theatern usw. bekannt wurde, mit großer Begeisterung aufgenommen. Man erwartete, daß die Bildung einer neuen reicheren Regierung in einigen Tagen erfolgen werde. Nach einer späteren Mitteilung sind die Delegationen wieder zurückgekehrt.

Irland: 27 Millionen Hungernde. Aus Moskau wird neuerdings gemeldet, daß auf dem 2. Weltkongreß in Moskau die Delegierten aus dem ungeradeiten mitleiden, daß gegenwärtig in Russland 27 Millionen Menschen Hunger leiden. Nur dem zehnten Teil dieser Hungernden hätte Hilfe gebracht werden können. Wäre die Sowjetregierung 100 Millionen Goldrubel für die Missionen bereit; dieser Betrag sei jedoch nur ein Tropfen im Meer.

Amerika: Verbot giftiger Gase. Giftige Gase als Kriegsmittel sind von der Washingtoner Konferenz als unethisch erklärt worden. Die Vertreter Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und Japans haben dem amerikanischen Vorschlag zugestimmt, deren Gebrauch zu verbieten.

Soziales.

Ein neuer Eisenbahnstreik im Westen? Am Elberfelder Gebiet, von dem bekanntlich bei dem letzten Streik die Streikbarade zuerst ausging, gärt es wieder unter den Eisenbahnern. Die Bezirksleitung des Deutschen Eisenbahnerverbandes gibt eine Erklärung bekannt, in der es heißt: „Infolge der ablehnenden Haltung des Reichsbahnministeriums gegenüber seinen in den Vereinbarungen übernommenen Verpflichtungen ist die Sachlage äußerst ernst zu beurteilen. Jeder Glaube an die Zuverlässigkeit des Ministeriums ist geschwunden. Die beruflichen Vertreter des Verbandes im Bezirk nehmen in einer Sitzung Stellung und erwägen die notwendigen Maßnahmen. Für den Elberfelder Bezirk ist die Lage fast hoffnungslos, weil die Eisenbahndirektion entgegen den Zusicherungen des Reichsverkehrsministeriums und in Uebereinstimmung ihrer Machtbefugnisse Entlassungen von Streikenden verfügt hat.“

Die Not der Kleinrentner. Einen im Landtag gestellten Antrag, betr. die Not der Kleinrentner, hat der Reichsfinanzminister dahin beantwortet, daß der Plan der Errichtung einer Reichsrentenanstalt zunächst zurückgestellt, dagegen besondere Notstandsmaßnahmen anderer Art eingeleitet sind.

Aus Stadt und Land.

Schiffuntergang in der Ostsee. Der von Hamburg kommende Dampfer „Atilla“, der nach Stettin unterwegs war, ist zwischen Sahnitz und Subbenhammer im Schneetum untergegangen. Aus Sahnitz werden zu der Schiffskatastrophe folgende Einzelheiten berichtet: Die Luten der „Atilla“ wurden in der Sturm von großen Wogen eingeschlagen, so daß Wasser in den Raum drang und das Schiff in kurzer Zeit zum Sinken kam. Der Dampfer hatte zwölf Mann Besatzung, von denen sechs mit dem Schiff untergingen. Den anderen gelang es, das in Wasser treibende Rettungsboot zu erreichen. Ein Mann wurde aber sofort wieder über Bord gestößt die anderen sind über Nacht im Boot erfrorren. Das Boot trieb unweit Bohme an den Strand. Der über Bord gestohlene Matrose wurde auf der Höhe der Leuchtturms von Ranow an den Strand geworfen. Er ging auf das Licht des Leuchtturms zu, fand aber die Tür verschlossen, zertrümmerte eine Scheibe und kletterte in den Turm. Am andern Morgen versuchte er, die nächste menschliche Behausung aufzusuchen, brach jedoch unter Frost zusammen. Die heute fanden ihn und brachten ihn nach Schloß Ranow, wo er versorgt wird.

Berschüttet. Bei Innsbruck ist eine aus neun Personen bestehende Stillauergesellschaft im Gebirge von einer Lawine überhaftet worden. Studienrat Dr. Kuh aus Göttingen in Württemberg und Fabrikant Kommer aus Ravensburg in Württemberg fanden den Tod. Ihre Gesährten konnten sich retten. Bei dem am nächsten Tage mit einer Expedition unternommenen Rettungsversuch ging abermals eine Lawine nieder, durch welche Professor Hänle aus Ravensburg und Architekt Vogel aus Friedrichshafen, die am Vorabend erschüttet worden waren, aber gerettet werden konnten, unter den Schneemassen begraben wurden. Trotz aller Anstrengungen einer 300 Mann starken Rettungsexpedition konnten die vier Verschütteten nicht wieder aufgefunden werden. — Ebenfalls verunglückt werden zwei jüngere Kläufer aus Ravensburg, die eine Karte unternommen hatten und davon nicht wieder zurückgekehrt sind.

Streitführung der Berliner Hausbesitzer. In einer stark besuchten, stürmischen Versammlung der Berliner Hausbesitzer im Zirkus Busch wurden die auf 10 v. H. der Friedensmiete erhöhten Mietzuschläge für völlig unzureichend erklärt und in einer einstimmig angenommenen Entschlüsse sofortige Neuverhandlung der Zuschläge und entsprechende Mieteerhöhung bei jeder weiteren Erhöhung der Abgaben verlangt. Die neuen Mietzuschläge sollen spätestens 1. April in Wirkung treten. Geschehe dies nicht, dann würden die Berliner Hausbesitzer zum Streik rufen und die Zahlung sämtlicher Abgaben einstellen.

Zwei Mörder hingerichtet. In Waldshut wurden im Hofe des dortigen Amtsgerichtsgefängnisses zwei Raubmörder hingerichtet. Der 24-jährige Osterag hatte drei Morde auf dem Gewissen. Der erst 11-jährige Friedrich Neuter hatte dem Pfertag bei den Morbtaten Beihilfe geleistet. Bei der Vollstreckung des Urteils wurde zuerst Fritz Neuter zum Schaffot geführt. Er beugte betend die Nichttätigkeit. In wenigen Minuten folgte ihm Ludwig Osterag. Seine Hinrichtung entbehrte des dramatischen Momentes nicht. Als der Oberstaatsanwalt das Todesurteil verkündete, den Stab gedrohen und dem Mörder vor die Füße geworfen hatte, rief dieser mit erhobener Stimme:

„Gott! Es gibt nur eine Vergeltung auf dieser Welt und das ist die Wahrheit.“ Als Vollstreckung des Urteils fungierten zwei Schaffotrichter. Die Darstellungen trugen das vom Präsidenten der obgenannten Landesobersten gerichteten Kreuz; sie wurden vom Stadtschaffot zum Schaffot geleitet. Die gesamte Hinrichtung, während der die Sterbeglocke ununterbrochen läutete, dauerte 20 Minuten.

Der Miesenbrand in England. Zu dem ungeschehenen Schadenfeuer, das in West-Hartlepool, dem größten Schiffbauzentrum im nördlichen England, auf einer Feuer ausgebrochen war, wird noch gemeldet, daß ein Sturmwind alle Anstrengungen zunichte machte, das mit großer Schnelligkeit sich ausbreitende Feuer auf den Brandherd zu lokalisieren. Ein Flammenvorhang trennte in einer Länge von 1500 Meter den Weltteil vom Ostteil von mindestens 20 Gebäuden und Hochhäuser, die ein Areal von mindestens 20 Hektar bedeckten, fielen den Flammen zum Opfer. Ganz Straßensätze, namentlich in den Arbeiterkolonien in der Nähe der Werften, sind vollkommen ausgebrannt. Nach den letzten Nachrichten sind 500 Personen obdachlos, der Schaden wird schon jetzt auf 1 Million Pfund Sterling zu berechnen sein.

Eine Hungerausstellung für Sowjet-Russland. Das russische Rote Kreuz und das Volkskommissariat für Gesundheitswesen haben beschlossen, eine Ausstellung ins Ausland zu entsenden, welche die Aufmerksamkeit der Briten Europas das entsetzliche Elend in den russischen Hungergebieten in anschaulicher Weise vorzuführen. — In Samara ist das Mitglied der englischen Hungerhilfe Mrs. Beatrice Paterson am 12. September gestorben.

Auf Schloß Grünholz bei Garmisch, der Festung ihres Vaters, des Herzogs Friedrich Ferdinand zu Schleswig-Holstein-Glücksburg, hat sich die Prinzessin Alexandra Viktoria, die geschiedene Gattin des Prinzen August Wilhelm von Preußen, mit dem Kapitänleutnant a. D. Almann verheiratet.

Gerichtssaal.

Das Urteil gegen die Kundsburger Altentäter. Der mißglückte Anschlag auf die Kundsburger Hochbrücke während des Märzputsches der Kommunisten beschäftigte das Reichsgericht. Acht Kommunisten auf Kundsburg und Reumünster waren angeklagt, während der Unruhen in Mitteldeutschland am Ostern vorigen Jahres die Zerstörung der Eisenbahnstrecken an der gefährlichsten Stelle der Brücke, vor einer scharfen Kurve verursacht zu haben, um Truppentransporte zu verhindern. Die Anklage lautete auf Hochverrat, weshalb die Sache vom Schwurgericht in Kiel an das Reichsgericht gegangen ist. Diese Auffassung wurde jedoch wieder aufgegeben, da die Tat erfolglos geblieben und versuchter Hochverrat nicht strafbar ist. Es wurde daher von der Reichsanwaltschaft Anklage erhoben wegen versuchter Behinderung von Truppentransporten. Sechs Angeklagte wurden zu Jugendstrafen von 1 Jahr 3 Monaten bis zu 3 Jahren 6 Monaten, die beiden anderen Angeklagten zu Gefängnisstrafen von 1 Jahr bzw. 1 Jahr 3 Monaten verurteilt.

Volkswirtschaft.

Neue Erhöhung der Kartoffelpreise. Von unterirdischer Seite wird eine neue merkliche Steigerung der Kartoffelpreise angekündigt. Wie es heißt, soll in den nächsten Tagen bereits eine Erhöhung der vom Reichsernährungsministerium festgesetzten Höchstpreise um 10 Mark pro Zentner erfolgen. Das Reichsernährungsministerium soll sich zu diesem Zustandnis an die Landwirtschaft veranlaßt sehen auf das Drängen und durch die Vorstellungen insbesondere der pommerischen Landwirtschaft. Die Folge dieses Schrittes dürfte sein, daß bald keine Kartoffeln mehr unter 140 bis 150 Mark für den Zentner zu haben sein werden.

Der Ankauf von Gold für das Reich. Durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 9. bis 15. Januar 1922 unbedeutend wie in der Vorwoche zum Preise von 720 Mark für ein 20-Markstück, 360 Mark für ein 10-Markstück. Für die ausländischen Goldmünzen werden entsprechende Preise bezahlt.

Kostenkanal Schlesien-Danzig. Nach polnischen Blättermeldungen zu urteilen, scheint der Plan, einen Kanal, der die ober-schlesischen Kohlengebiete mit Danzig verbindet, zu bauen, jetzt ernsthaft erörtert zu werden. Die polnischen Ministerien haben die einleitenden Arbeiten zum Studium der technischen Seite des Kanalbaues begonnen, während eine Gesellschaft polnischer Kapitalisten die Sagen einer Altentätergesellschaft „Kohlenkanal Schlesien-Danzig“ der Regierung vorgelegt hat. Die Bautkosten sind auf 233 Millionen Goldmark veranschlagt. Die Dauer des Baues wird auf drei Jahre berechnet. Die Beförderungsleistungen auf dem Kanal werden sich voraussichtlich niedriger stellen als auf der Eisenbahn. Der Kanal wird an alle wirtschaftlichen Zentren der Industrie, des Bergbaues, der Forstwirtschaft und der landwirtschaftlichen Produktion herangeführt werden.

Berlin, 9. Januar. (Börse.) An der heutigen Börse war das Geschäft sehr mäßig. Obwohl das Angebot der Käufer nicht gerade drängend ist, fehlen doch die Käufer, die Vertrauen zur Tendenz haben. Es zeigte ein harter Dollarkurs (165-167) ein, der zu Unglückveräußerung führte. Das Hauptmotiv an der Börse war neben dem Dollarkurs die Gerüchte über die Einberufung der internationalen Wirtschaftskonferenz und über das Zeitvoratorium, das man Deutschland geworden will.

Der Stand der Markt. Es folgten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börsen am

	9. 1.	7. 1.	1914
100 holländische Gulden	6168	6818	167.- M.
100 belgische Franken	1318	1433	80.- "
100 dänische Kronen	3321	3686	112.- "
100 schwedische Kronen	4145	4575	112.- "
100 italienische Lire	729	804	80.- "
1 englische Pfund	709	779	20.- "
1 Dollar	168	185	4.20 "
100 französische Franken	1383	1500	80.- "
100 schweizerische Franken	3246	3566	80.- "
100 tschechische Kronen	272	290	— "

Die guten Stoffe sind von Höhl

Saison-

Ausverkauf

9. bis 22. Januar 1922

Sehr große Auswahl

nur erstklassiger Friedensqualitäten

Ausverkaufs- Preise!

Höhl 12
12 **12**
 12tagengeschäft
 Große Rosenstraße
 Eingang durch den Hausflur.

Spezialität: Anzug- und Mantelstoffe, Kostüm- und Kleiderstoffe, Wäschestoffe.

* Amtlicher Teil. *

Einkommensteuer vom Arbeitslohn.
 Das Finanzamt hat unterm 3. 1. 1922 eine Bekanntmachung über die Ermäßigungen bei Vornahme des Einkommensteuerabzuges erlassen, die nebst einem Merkblatt in Nr. 4 des Mesunger Tageblatt vom 5. 1. 1922 abgedruckt ist.

Auf die wichtige Veröffentlichung, die auf dem Bürgermeieramt eingesehen werden kann, wird hierdurch hingewiesen.
 Spangenberg, den 7. Januar 1921.
 Der Bürgermeister,
 Schier.

Entnahme von Lehm aus der städt. Lehmgrube.
 Einwohner, die aus der städt. Lehmgrube Lehm entnehmen wollen haben zunächst auf dem Bürgermeieramt die Ausstellung eines Erlaubnischeines zu beantragen, die festgesetzte Gebühr an die Stadtkasse zu zahlen und den Erlaubnischein dem Feldhüter vorzuzeigen.
 Wer ohne Erlaubnis Lehm entnimmt macht sich des Diebstahls schuldig.
 Spangenberg, den 7. Januar 1921.
 Der Magistrat,
 Schier.

Bekämpfung des Strydekatarrhes unter dem Rindvieh.
 Bis auf weiteres werden die neu eingeführten Kühe und Rinder nur zum Bespringen zugelassen, wenn sie hier tierärztlich untersucht sind und dem Bullenhalter eine Bescheinigung des Tierarztes vorgezeigt wird, wonach die Tiere nicht mit Scheidelatarrh befallen sind. Die Kosten der Untersuchung trägt der Tierbesitzer.
 Spangenberg, den 29. Dezember 1921.
 Der Magistrat,
 Schier.

Schutz von Tier und Pflanzenarten.
 Der Herr Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten und der Herr Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung haben gemeinschaftlich unterm 30. 5. 21 eine Polizeiverordnung zum Schutz gewisser Tier- und

Pflanzenarten erlassen. Übertretungen der Polizeiverordnung werden mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder mit Haft bestraft.

Die Polizeiverordnung, die der Nr. 49 des Reg.-Amtsblattes vom 10. 12. 1921 als Sonderbeilage beigegeben ist, kann auf dem Bürgermeieramt eingesehen werden.
 Spangenberg, den 2. Januar 1922
 Die Polizeiverwaltung,
 Schier.

Bekanntmachung
 betreffend die Wahl der Vertrauensmänner und Ersahmänner. (§§ 145 ff des Versicherungsgesetzes für Angestellte).

Die Wahl der Vertrauensmänner und Ersahmänner für die Angestelltenversicherung findet statt:
 Für die Arbeitgeber am Sonnabend den 14. Januar 1922, von 9 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags und von 4-6 nachmittags; für die Angestellten am Sonnabend den 14. Januar 1922, von 11-2 Uhr mittags und von 5-7 Uhr nachmittags für den Wahlkreis umfassend den Kreis Mesungen.

Gewählt wird für den Wahlkreis B in Spangenberg, bestehend aus den Gemeinden und Gutsbezirken des Amtsgerichtsbezirks Spangenberg. — Wahllokal ist das Rathaus in Spangenberg.
 Es sind zu wählen 6 Vertrauensmänner und 12 Ersahmänner.

Die Vertrauensmänner- und Ersahmänner werden je zur Hälfte aus den versicherten Angestellten, die nicht Arbeitgeber sind und aus den Arbeitgebern der versicherten Angestellten gewählt.

Die Vertrauens- und Ersahmänner aus den Arbeitgebern werden von den versicherten Angestellten, die übrigen von den versicherten Angestellten gewählt.
 Die Wähler haben sich über ihre Wahlberechtigung auszuweisen. Für die versicherten Angestellten dient die Versicherungskarte als Ausweis, für die Arbeitgeber eine von der Gemeindebehörde (dem Gutsbesitzer) des Betriebszuges ausgestellte Bescheinigung. Die Arbeitgeber werden aufgefordert, sich die Bescheinigung ausstellen zu lassen. Die Reichsversicherungsanstalt stellt den Arbeitgebern auf Antrag eine Bescheinigung über die Zahl der versicherten Angestellten aus. Die Bescheinigung soll als Unterlage für den von der Gemeindebehörde gemäß § 149 Abs. 1 des Versicherungsgesetzes für Angestellte auszustellenden Wahlausweis für die Arbeitgeber dienen.

Am Donnerstag, den 12. Januar, nachmittags 4
 findet im Gasthaus „Zur Krone“ in Mesungen
Versammlung
 der Zwangsinnung der Maurer-, Steinhauer-, Zimmer-, Pflaster- und Deckenmeister
 statt. Die Tagesordnung wird in der Versammlung mitgegeben. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erforderlich.
 Der Vorstand

Achtung! Angestellte
 Am Freitag, den 13. Januar 1922, abends 8
 spricht bei Valentin Siebert der Leiter der Gewerkschaften in Cassel des D. G. V. über
 „Das Angestelltenversicherungsgesetz die bevorstehenden Wahlen“
 Keine Kollegin und kein Kollege veräume
 Abend.
 Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband
 (Ortsgruppe Spangenberg)

L. Pfeiffer
 Bankgeschäft,
 Agentur Spangenberg

Vertreten durch Herrn Apotheker M. Woelml.
 Postscheckkonto: L. Pfeiffer, Cassel Nr. 2155 Frankfurt a. M.

Vernüftung aller bankmäßigen Geschäfte.
Scheckrechnungen
 Zinssatz 3%
Depositen- (Spar-) Rechnungen
 Zinssatz 3 bis 4% je nach Kündigung.

Städtische Trinkwasserleitung.
 Das Verbot der Benutzung der Gartenanschlüsse der Kellerpumpen, das unterm 14. 7. 21 (Nr. 61 Spangenberg Zeitung) erlassen worden ist, wird hierdurch aufgehoben.
 Spangenberg, den 5. Januar 1922.
 Der Magistrat, Schier.

Das Wahlergebnis wird in Person und durch eines Stimmzettels ausgeübt. Die Stimmzettel dürfen nicht unterschrieben sein und keinen Protest oder Inhalt enthalten. Sie sind außerhalb des Wahlraumes schriftlich oder im Wege der Bevollmächtigung herzuführen.
 Schier.

Fortsetzung der Invalidenversicherung.
 Den versicherten Personen weiblichen Geschlechts, die verheiratet sind, wird dringend empfohlen, das Verhältnis fortzusetzen. Hierzu ist erforderlich, dass alle 2 Jahre 30 Beitragsmarken einer beliebigen Klasse in die Quittungskarte eingeklebt werden. Auf diese Weise wird die Abmarschfrist auf Rente aufrecht erhalten.
 Wer die Versicherung verfallen lässt, begeht eine große Verfehlung.
 Spangenberg, den 9. Januar 1921.
 Der Bürgermeister,
 Schier.

I. Nachtrag
 zur Gründung für die Erhebung einer Gemeindesteuer der Erlangung der Erlaubnis zum künftigen Betrieb der Gärtnerei, Schankwirtschaft oder des Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus in der Stadt Spangenberg vom 23. 2. 1911 und 28. 3. 1911
 Aufgrund des §§ 13 und 18 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. 7. 93 (Gesetzsammlung Seite 152), Beschlusses des Magistrats vom 26. 10. 21 (Nr. 31) und des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 3. 11. 21 (Nr. 105) wird nachfolgender Nachtrag zur Gründung erlassen.

Artikel I.
 § 2 wird dahin geändert, daß an die Stelle von
 300 Mk. 600 Mk.,
 500 " 1900 "
 800 " 2400 "
 1200 " 3600 "
 1500 " 5000 "
 treten.
 Artikel II.
 Dieser Nachtrag tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.
 Spangenberg, den 8. November 1921
 Der Magistrat,
 Schier.